

1 **„Es geht um alles“:**

2 **Die Linke – sozialistische Menschenrechtspartei** 3 **in Zeiten des Rechtsrucks**

4 Die politische Situation im Land nach den Europawahlen und den drei ostdeutschen Landtagswahlen
5 gibt Anlass zur Sorge. Nicht nur das weitere Erstarken der im Kern faschistischen AfD, sondern auch
6 die zunehmend radikale Politik gegen Migrant:innen und Geflüchtete sowie gegen Armutsbetroffene
7 von weiten Teilen des nicht rechtsextremen Politikbetriebs macht für viele Betroffene diese Sorge zu
8 realer Angst. Angst vor Diskriminierung und Ausgrenzung, vor immer schwierigeren
9 Lebensumständen, Angst vor Gewalt, vor Abschiebung, Angst um die eigene Zukunft und die der
10 Kinder.

11 ~~Das endgültige Scheitern der Ampel markiert das Ende einer Regierung, die vor allem durch Stillstand~~
12 ~~und Streitereien auffiel und so das Vertrauen der Bevölkerung nachhaltig geschwächt hat. Statt echter~~
13 ~~Lösungen für die drängenden Probleme gab es endlose Debatten und am Ende Entscheidungen~~
14 ~~zugunsten der Wohlhabenden.~~

15 ~~Drei Jahre lang haben sich SPD und Grüne von Lindners FDP am Nasenring durch die Manege führen~~
16 ~~lassen und dabei wichtige Vorhaben zum Wohle der Menschen wie Investitionen in Wohnungen,~~
17 ~~Arbeitsplätze, Klimaschutz und Infrastruktur, die Kindergrundsicherung oder die Sicherung der Renten~~
18 ~~zerschießen lassen. Die Linke NRW wird bei den anstehenden Neuwahlen dafür kämpfen, dass~~
19 ~~endlich Politik für die Leute gemacht wird, die unseren Wohlstand erarbeiten statt für Superreiche~~
20 ~~und Konzerne.~~

21 ~~Noch am Abend nach der Entlassung von Finanzminister Lindner machte Olaf Scholz klar, dass er nun~~
22 ~~gemeinsam mit der Union noch die weitere Aufrüstung und die Abschottungspolitik voranbringen~~
23 ~~will, nicht etwa Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Das zeigt, dass da rituelle „soziale Jahr“, das die~~
24 ~~SPD immer vor Bundestagswahlen einläutet, mehr Schein als Sein ist.~~

25 ~~Der Ampel Koalition in Berlin vertrauen nur noch drei Prozent der Befragten, d~~
26 ~~avon profitieren in~~
27 ~~den Umfragen im Moment aber nicht wir als soziale Opposition, sondern die antisoziale Union, die~~
28 ~~rechtsextreme AfD und das zunehmend rechtskonservativ auftretende BSW.~~

28 Die Linke leidet darunter, dass ihr selbst im Kernbereich ihrer Politik – soziale Gerechtigkeit – kaum
29 noch eine Gestaltungsmacht zugetraut wird. Viele Wähler:innen wissen nicht einmal, dass Die Linke
30 noch existiert.

31 Auch die großen Mobilisierungen gegen Rechts in der ersten Jahreshälfte haben nicht dazu geführt,
32 die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Politiker:innen, die noch im Frühjahr auf
33 Massenkundgebungen gegen die Deportationspläne der extremen Rechten starke Worte gefunden
34 haben, beteiligen sich jetzt an dem Wettbewerb, wer das Land schneller und effektiver abschottet
35 und wer schneller, rücksichtsloser und entschlossener Menschen entrechtet und abschiebt.

36 CDU-Politiker:innen verbreiten Parolen, wie wir sie bisher nur von AfD-Funktionär:innen gehört
37 haben, die SPD-Innenministerin Faeser versucht selbst einen Hardliner wie Herbert Reul rechts zu
38 überholen. Und die Grünen kaufen die Apotheken leer, weil sie so viele Bauchschmerzen haben...

39 Sozial Benachteiligte in diesem Land sind neben Menschen mit Migrationsgeschichte der zweite
40 Sündenbock. Sie werden als zu teuer, zu faul und zu dumm verächtlich gemacht, ihre Bedürfnisse
41 werden vernachlässigt und als gegen die Interessen der „arbeitenden Mitte“ ausgespielt. Die
42 Kürzungen in den Haushalten von Bund und Land gehen vor allem zu ihren Lasten. So kürzt die
43 Bundesregierung die Mittel für Inklusion und Teilhabe am Arbeitsmarkt für Menschen mit
44 Behinderungen um 40%, die Mittel für Arbeitsmarktintegration um 30% und erlegt den „Bürgergeld“-
45 Beziehenden eine Nullrunde auf, was angesichts der Inflation eine reale Kürzung der Regelsätze
46 bedeutet. Auch die NRW-Landesregierung kürzt die Mittel für Arbeitsmarktteilhabe und Inklusion.
47 Diese Politik zu Lasten der Schwächsten ist menschenverachtend.

48 Die Linke ist derzeit die einzige Partei, die sich diesem Wettbewerb der Schäbigkeit entgegenstemmt
49 und das ist gut so.

50 Nordrhein-Westfalen ist das Flächenbundesland mit der höchsten Armutsquote (lt. Paritätischer
51 Armutsbericht 2024):

52 „Von den 16 Bundesländern konnten acht ihre Armut gegenüber dem Vorjahr etwas oder sogar sehr
53 deutlich abbauen – darunter bezeichnenderweise diejenigen, die ohnehin bereits die geringste Armut
54 aufweisen. Dagegen nahm in sieben Bundesländern die Armut zu, hierunter Länder mit ohnehin sehr
55 hohen Armutsquoten wie Bremen, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern.“

56 Auch innerhalb von Nordrhein-Westfalen haben sich die Lebensverhältnisse stark
57 auseinanderentwickelt, am ärmsten sind hier die Raumordnungsregionen Emscher-Lippe und
58 Duisburg/Essen, am wohlhabendsten Arnsberg und Münster. Wäre das Ruhrgebiet ein eigenes
59 Bundesland, würde es bei der Armutsquote und beim SGB-II-Bezug das Armutsranking der
60 Bundesländer anführen.

61 Die Entlastungspakete der Bundesregierung kamen im Wesentlichen Armutsbetroffenen und
62 Geringverdienenden nicht zugute. Auf das versprochene Klimageld warten die Menschen immer
63 noch. Die Kindergrundsicherung ist als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Und schwarz-
64 grüne Landesregierung fährt gerade den sozialen Arbeitsmarkt vor die Wand und lässt
65 Langzeiterwerbslose ins Bergfreie fallen.

66 Währenddessen genehmigten sich die Landtagsabgeordneten in NRW 549 Euro Plus bei den Diäten
67 und die Bundestagsabgeordneten sogar 635,50 Euro – mehr als der Regelsatz für alleinlebende
68 Bürgergeldbezieher:innen. Allein die Abgeordneten der Linken stimmten im Bundestag dafür, diese
69 Diätenerhöhung 2024 auszusetzen.

70 Die Linke wird also dringend gebraucht: nicht nur als parlamentarisches Korrektiv, sondern als Kraft,
71 die für konkrete Verbesserungen streitet und eine grundlegende Alternative anbietet:

72 Wir sind demokratische Sozialist:innen. Unser Gegner ist der Kapitalismus und unser Ziel ist eine
73 Gesellschaft, in der die Früchte der Arbeit denen zugutekommen, die sie erarbeiten.

74 Wäre Die Linke eine Aktie, so müsste sie unter Börsianer:innen als vollständig unterbewertet gelten.
75 Aktuell befindet sich die größte Repräsentationslücke in der politischen Landschaft genau da, wo Die
76 Linke ist: An der Seite von streikenden Pflegekräften, ausgebeuteten Leiharbeiter:innen, abgezockten
77 Mieter:innen, flaschensammelnden Rentner:innen, Alleinerziehenden, Zugewanderten und
78 Hiergeborenen.

79 Nordrhein-Westfalen als Industrieregion ist wieder einem Wandel unterworfen. Wo im Ruhrgebiet
80 noch Stahl gekocht wird, drohen künftig massenhafte betriebliche Umbrüche um den sozial-
81 ökologischen Wandel zu gestalten. Dabei stehen wir fest an der Seite der Arbeiter:innen in den
82 Industriebetrieben, zeigen unsere praktische Solidarität und kämpfen für die Vergesellschaftung der
83 Schlüsselindustrie wie es Artikel 27 der Landesverfassung vorsieht:

84 *(1) Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung*
85 *besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.*

86 *(2) Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten.*

87 Auf jeden Fall müssen staatliche Hilfen an strauchelnde Unternehmen immer mit Eigentums- und
88 Mitbestimmungsrechten verbunden werden. Bedingungslose Rettung zum Nutzen der Aktionär:innen
89 ohne Garantien für Beschäftigung, Klima und Umwelt ist kein sinnvolles Konzept.

90 Wir, Die Linke in NRW, stellen uns der Verantwortung, die aus unserer aktuellen Schwäche und der
91 Größe unserer Aufgabe ergibt. Wir beugen uns nicht dem rechten Zeitgeist, um schnelle und flüchtige
92 Zustimmung zu erlangen. Wir wissen: Jedes Zugeständnis an diesen Zeitgeist macht ihn nur stärker.

93 Wir halten dagegen, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres
94 Geschlechtes, ihres Alters, wegen einer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder
95 geschlechtlichen Identität benachteiligt, ausgegrenzt, bedrängt, beleidigt und bedroht werden.
96 Menschenrechte sind für uns kein Verschiebebahnhof. Sie gelten überall, für alle gleichermaßen.

97 Wir verteidigen die universellen Menschenrechte im Sinne der Allgemeinen Erklärung der
98 Menschenrechte und die im Grundgesetz festgeschriebenen Grundrechte. Die Würde des Menschen
99 ist unantastbar.

100 Wir sind die soziale Menschenrechtspartei:

101 Wir kämpfen mit Entschlossenheit auch für soziale Menschenrechte.

- 102 • Das Recht auf gut bezahlte Arbeit zu Bedingungen, die nicht krank machen
- 103 • Das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum
- 104 • Das Recht auf lebenslange Bildung
- 105 • Das Recht auf gute, gesunde und vollwertige Ernährung
- 106 • Das Recht auf Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen
- 107 • Das Recht, in einer gesunden Umwelt zu leben und vor der Klimakatastrophe geschützt zu
108 werden
- 109 • Das Recht auf bezahlbare Mobilität

110 Wir kämpfen - für jede:n Einzelne:n und für die Mehrheit der Menschen. Und wir kämpfen auch um
111 jede:n. Unsere Leute, das sind alle, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben. Wir
112 unterstützen sie, ihre Menschenrechte zu verwirklichen. Dabei versuchen wir, möglichst viele zu
113 organisieren, um als Klassenpartei unsere Durchsetzungsmöglichkeiten zu erhöhen. Dabei waren wir
114 schon erfolgreich: Mit 11% mehr Mitgliedern im ersten Halbjahr 2024 und anhaltenden Neueintritten
115 auch im zweiten Halbjahr gehen wir gestärkt in das wichtige Jahr 2025.

116 Für uns in NRW stehen im kommenden Jahr wichtige Wahlentscheidungen an:

117 Bei der Kommunalwahl geht es um unsere möglichst flächendeckende Verankerung und Präsenz in
118 Räten und Kreistagen.

119 Die schwarz-grüne Landesregierung und die SPD im Landtag versuchen, uns und andere kleinere
120 Parteien mit einem neuen Kommunalwahlrecht zu schwächen. Sie haben sich extra für NRW einen
121 Berechnungsmodus für kommunale Mandate ausgedacht, der Stimmen für kleine Parteien großzügig
122 in Mandate für die großen umwandeln soll. Das ist undemokratisch und deswegen klagen wir
123 dagegen vor dem Landesverfassungsgericht!

124 Unabhängig vom Ausgang der Verfassungsklage gehen wir selbstbewusst in die Vorbereitung der
125 Kommunalwahl. Wir wollen Kandidat:innen aufstellen, die unsere politischen Ziele vertreten und die
126 in der Arbeitswelt, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Verbänden, Vereinen, in Schüler:innen-
127 und Studierendenvertretungen, in Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen,
128 Migrant:innen oder Rentner:innen verankert sind. Wir machen unser Angebot zu einer Kandidatur
129 von (noch) parteilosen Menschen auf unseren Listen jetzt offensiv bekannt. Jetzt ist der Zeitpunkt, an
130 dem wir uns gegenseitig kennenlernen müssen, um zu entscheiden, ob wir für fünf Jahre
131 zusammenarbeiten wollen. Kriterien für Kandidierende werden wir ebenso wie die
132 Kommunalpolitische Leitlinien im Frühjahr auf einem Landesparteitag beschließen.
133 **Zudem stellen wir unsere Listen für die Regionalräte, RVR, LVR und LWL auf.**

134 **Nach der von Olaf Scholz angekündigten Vertrauensfrage wird es vermutlich zu einer vorgezogenen**
135 **Neuwahl des Bundestags schon im März 2025 kommen.** Kandidat:innen für den Bundestag werden
136 wir auf einer Landesvertreter:innenversammlung ~~ebenfalls im Frühjahr~~ im Januar wählen.

137 Die Suche nach geeigneten Kandidat:innen beginnt ebenfalls jetzt. Der Landesvorstand wird
138 gemeinsam mit den Kreisverbänden die Kriterien für Kandidierende anhand der Beschlüsse des
139 Bundesparteitags überarbeiten. Wir wollen eine Landesliste zur Bundestagswahl aufstellen, die die
140 politische und regionale Vielfalt unseres Landesverbandes repräsentiert und die zentralen
141 Schwerpunktthemen glaubwürdig verkörpert. Wir suchen nicht nach Medienstars, sondern nach
142 authentischen Menschen mit Lebenserfahrung, bei denen Reden und Handeln übereinstimmt. Wir
143 gehen diesmal geschlossen in die Wahlkämpfe und stellen Strömungsinteressen hinter die der Partei
144 zurück. Wir stellen eine plurale Liste auf, die die Breite des Landesverbandes repräsentiert denn: Es
145 geht um alles!

146 Das Jahr 2025 steht damit auch unter dem Motto „Die Linke lernt“. Der Bedarf an politischen und
147 praktischen Bildungsangeboten steigt mit der Zahl der Neumitglieder und der neuen Aktiven.
148 Gemeinsam mit der Bundespartei, den Bildungsträgern und den Bildungsverantwortlichen der
149 Kreisverbände erarbeitet der Landesvorstand daher neue Bildungsangebote, auch niedrigschwellige,
150 für Mitglieder, Vorstände, Wahlkampfleitungen und Kandidierende. Vieles allerdings wird „Learning
151 by Doing“ sein müssen, aus Mangel an Zeit und Ressourcen. Es kommt darauf an, sich dessen
152 bewusst zu sein und Kenntnisse und Erfahrungen langjähriger Mitglieder an die „Neuen“
153 weiterzugeben und neue Ideen gemeinsam auszuprobieren. Wir nutzen Bildungsangebote der
154 Bundespartei zum Beispiel zum Haustürwahlkampf.

155 Wir verstetigen unsere Angebote zum inhaltlichen Austausch wie Videokonferenzen zu einzelnen
156 Themen für Mitglieder und Kreisvorstände. Die vom Landesparteitag im Juni 2024 beschlossenen
157 Projekte werden weiter aktiv umgesetzt.

158 Eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung unserer Partei spielt die Landesgeschäftsstelle. Wir
159 entwickeln unsere Landesgeschäftsstelle zu einem Servicezentrum für den ganzen Landesverband
160 fort. Mit dem ausleihbaren Infomobil mit kompletter Aktionsausstattung, mit einem Medienstudio
161 zur Erstellung von Videos und Podcasts, mit einem Tagungsraum mit Videokonferenzmöglichkeiten
162 und mit der Kompetenz, dem Engagement und der Kreativität unserer Mitarbeiter:innen. Wir
163 verbessern unsere Sichtbarkeit in traditionellen und sozialen Medien.

164 Stand im vergangenen Jahr vor allem die Stabilisierung der Kreisverbände nach der Abspaltung im
165 Mittelpunkt, so können wir uns jetzt um die Reaktivierung von (weitgehend) inaktiven
166 Kreisverbänden kümmern. Die Betreuung dieser Kreisverbände ist aufwändig und neben
167 ehrenamtlicher Landesvorstandsarbeit und ggf. Erwerbs- und/oder Familienarbeit kaum zu leisten.
168 Die Bereitschaft dazu geht aus den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des letzten Parteitags hervor. Wir
169 sollten konkret überlegen, was gut funktionierende Kreisverbände in der Nachbarschaft zur
170 Reaktivierung schwacher Kreisverbände beitragen können.

171 Wir arbeiten immer noch und immer weiter an einer neuen Parteikultur. Die neue Linke hat klare
172 Positionen, vertritt sie aber nicht mit dem berüchtigten erhobenen Zeigefinger. Wir sind offen für
173 neue und alte Mitglieder und Unterstützer:innen und freuen uns über neue Sichtweisen und Ideen,
174 ohne dass wir sie immer eins zu eins übernehmen müssen. Wir können verlieren, ohne beschämt zu
175 werden und gewinnen, ohne nachzutreten. Wir leben Feminismus und Antirassismus, auch wenn wir
176 uns manchmal gegenseitig daran erinnern müssen, was das bedeutet. Wir kümmern uns umeinander
177 und um diejenigen, die wir vertreten. Wir sind aber explizit kein Wohlfahrtsverband, sondern eine
178 kämpferische Partei. Wir haben Lust auf Revolte und Veränderung, im Hier und Jetzt für übermorgen.
179 Das sind wir:

180 **Wir sind Die Linke. Wir sind NRW. Und wir kommen wieder.**

181 Ab sofort steigen wir in den Wahlkampf ein. Im Bund wie in der Kommune streiten wir fortan
182 gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in
183 Nordrhein-Westfalen denn für uns heißt es nun: Es geht um alles!